

Aus dem Leitantrag des SPD-Parteitag Dresden, 13.-15.11.2009

Auf ihrem jüngsten Parteitag in Dresden hat sich die SPD ernsthaft und intensiv mit der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland befasst, eine Analyse der Bundestagswahl vorgenommen und die gegenwärtige Regierungskoalition hart kritisiert. Nachstehend ein Auszug aus dem Leitantrag.

...

Die neue schwarz-gelbe Regierung ist eine Zwei-Klassen-Koalition. Sie betreibt eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. Nicht zufällig hat sie zentrale steuer- und sozialpolitische Themen zunächst in Kommissionen vertagt. Sie will die Bürgerinnen und Bürger bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2010 im Unklaren lassen. Doch schon jetzt steht fest, dass sie auf wichtige Herausforderungen unserer Zeit falsch reagiert:

- Sie setzt auf ein „Weiter so“ nach der Finanzkrise. Sie ignoriert die Ursachen der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Die Verursacher der Krise werden nicht an den Lasten beteiligt.
- Die geplanten Steuersenkungen – auch für Unternehmen und Vermögende – sowie der geplante Stufentarif kommen nur Wenigen zugute. Sie sind konjunkturpolitisch falsch, da das Geld für nachhaltige Zukunftsinvestitionen und eine Stärkung kleiner Einkommen fehlt. Sie sind ungerecht, weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nun steigende Abgaben und Gebühren zu zahlen hat. Entlastungen für die schwarz-gelbe Klientel „auf Pump“ durch einen „Rettungsfonds für unbezahlbare Steuersenkungen“ haben mit seriöser Finanzpolitik nichts zu tun, sondern sind ein politischer Skandal. Denn früher oder später werden diejenigen dafür zahlen, die auf ein solidarisches Gemeinwesen angewiesen sind. Darüber können auch einzelne symbolische Verbesserungen (Kindergelderhöhung, Anhebung Schonvermögen, etc.) nicht hinwegtäuschen.
- Im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik wird vorexerziert, wohin Schwarz-Gelb will: Die schrittweise Privatisierung und Entsolidarisierung der sozialen Sicherung. Die Versicherten werden höhere Beiträge zahlen und mehr Kosten alleine tragen müssen, die solidarische Finanzierung wird zurückgedrängt, auch unter den Ländern.
- In der Arbeitsmarktpolitik verabschiedet sich Schwarz-Gelb vom Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ für Langzeitarbeitslose. Wir sind in unserer Regierungszeit viele schmerzhaft Kompromisse eingegangen, um die Diskriminierung breiter Bevölkerungsteile zu überwinden. Gerade jetzt in der Krise werden die Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose verschlechtert.
- Schwarz-Gelb will den Niedriglohnsektor ausbauen. Befristete Beschäftigung wird erleichtert. Sogar die bestehenden Mindestlöhne sollen überprüft werden. Die neuen Vetomöglichkeiten der Arbeitgeberverbände und der FDP lassen befürchten, dass sogar bestehende Mindestlöhne nicht verlängert werden.
- Schwarz-Gelb will längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Diese rückwärtsge-wandte Energiepolitik erschwert den Ausbau erneuerbarer Energien und vergrößert die Menge an Atommüll. Der gesellschaftliche

Konsens wird aufgebrochen, der energiepolitische Frieden in Deutschland wird aufgekündigt.

- Schwarz-Gelb knickt bei der Finanzierung der internationalen Armutsbekämpfung ein. Sie verabschieden sich von einem verbindlichen Zeitziel. Damit wird das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels bei der Armutsbekämpfung faktisch aufgegeben.

...

Intensiv und umfassend befasste sich der Parteitag mit wichtigen Themen, die für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und unseres Landes von tragender Bedeutung sind. Schwerpunkte des Leitantrags waren demgemäß:

- Konsequenzen aus der Krise ziehen
- Einen handlungsfähigen Staat erhalten
- Arbeit in der Krise heute sichern – Innovationen und Investitionen stärken – Arbeit von morgen schaffen
- Klimaschutz und Umweltschutz als globale Aufgabe
- Arbeitnehmerrechte erhalten und ausbauen
- Soziale Sicherheit gewährleisten
- Gleichstellung durchsetzen
- Den Aufstieg durch Bildung möglich machen – Bildung und Integration eng verzahnen
- Kinder und Familien stärken
- Innere Sicherheit und Bürgerrechte
- Für die soziale Ausrichtung der Europäischen Politik
- Verantwortungsbewusste Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik